

# AfD Hildesheim: So werden Schüler politisch instrumentalisiert



Von RB | Die Domstadt Hildesheim, bekanntermaßen Hotspot für IS-Terroristen und pädophile Priester, ist auch bei der mutmaßlichen politischen Instrumentalisierung von Schülern zeitgeistig on top. Rund 1.000 von 1.500 Schülern der Robert-Bosch-Gesamtschule, einer sogenannten „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ konnten von ihrem Schulleiter im September für ein Foto animiert werden, um Gesicht zu zeigen gegen „brutale fremdenfeindliche und antisemitische Ausschreitungen“ in Chemnitz. Leider dumm gelaufen: Sachsens Ministerpräsident, Sachsens Polizeiführung und sogar der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, bestritten Hetzjagden auf Ausländer.

Die Sache hatte ein Nachspiel. Als jetzt die Hildesheimer AfD-Fraktion im Stadtrat den Schulleiter René Mounajed für seine Schulhof-Fotoaktion „Wir sind mehr“ kritisierte, hagelte es Prügel. Aber nicht gegen den eifrigen Pädagogen, sondern gegen die AfD, die vom fremdenfreundlichen Oberbürgermeister Ingo Meyer eine Überprüfung des Vorgangs gefordert hatte. Der kann die Anfrage locker vom Tisch wischen, denn die Landesschulbehörde hat an der Fotoaktion nichts zu beanstanden. Der Schulleiter habe die Erziehungsberechtigten gefragt. „Die Teilnehmer wollten sich nur zulässigerweise zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Die Fotoaktion bewege sich im Rahmen der in der Verfassung

vermittelten Werte“, meint die Behörde salbungsvoll. Die AfD spricht dagegen von einem „Appell an die Eltern“ und beharrt darauf, dass der Rektor über das Ziel hinausgeschossen sei.

Natürlich schlägt sich die örtliche Monopolzeitung Hildesheimer Allgemeine Zeitung, die über die Jahre viele Abonnenten verloren hat, auf die Seite der Guten und zitiert den Schulrektor, der sich pflichtgemäß und geschützt von der Landesschulbehörde streng neutral wie folgt äußert: „Was wir hier gerade erleben, ist die Entfesselung der Rechtsradikalen“.

Moujaned, der seit Jahresbeginn die Unesco-Schule leitet, nutzt auch gleich die Gelegenheit, auf seiner Schulhomepage gegen die geplante AfD-Niedersachsen-Aktion und ihr Online-Schulportal Stimmung zu machen. Darauf können Lehrkräfte gemeldet werden, die sich politisch nicht neutral verhalten haben. Logisch, dass Pädagogen wie Mounajed damit Probleme haben.

Auch sonst ist die Weltkulturerbestadt Hildesheim, die sich als europäische Kulturhauptstadt für 2025 bewerben will, aktuell auf gutem (Multikulti)Weg. Fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung (rund 104.000) aus 140 Nationen hat inzwischen Migrationshintergrund. In zwei Ortsteilen wurde der 50-Prozent-Migrationsanteil bereits mit 60 Prozent überschritten bzw. mit 46 Prozent fast erreicht. In den Hildesheimer Grund-, Haupt- und Realschulen gibt es bereits mehr ausländische als deutsche Schüler. In einem migrationsbelasteten Ortsteil ist ein Viertel der schulpflichtigen Kinder nicht schulfähig.